



Ausgabe 60

November 2023

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Ganz ausser der Reihe erhalten Sie heute einen Schönach-Kurier, der sich ausschließlich mit einem Thema beschäftigt: der Unterbringung von Geflüchteten im Gemeindegebiet Hohenfurch.

Wie Sie den Zeitungsberichten entnehmen konnten, steht die Gemeinde derzeit vor dem Problem, dass seitens der übergeordneten Behörden Zwangszuweisungen angedroht werden.

Hohenfurch hat sich bei der ersten Flüchtlingswelle ab dem Jahr 2015 durchaus solidarisch gezeigt und damals zwischen 6 und 10 Asylantragsteller (Einzelpersonen und Familien) für eine Zeit Unterkunft geboten. Damals war das in einem Wohngebäude in der Bergstraße.

Als der Ukraine-Krieg ausbrach fanden viele ukrainische Bürger Schutz bei uns im Dorf. Im Mai 2022 waren es beispielsweise 32 Personen. Diese waren in unterschiedlichen privaten Wohnungen und Gebäuden. Die Zahl schrumpfte später, da die Ukrainer selbst nach Unterkünften suchen konnten und sich wohl geeignetere Wohnungen gewählt haben. Im Januar 2023 waren noch fünf Ukrainer in Hohenfurch, derzeit ist es einer.

Allerdings hat sich das Zufluchtsgeschehen außerhalb des Ukraine-Krieges deutlich verändert. Es gibt einen rasanten Anstieg an Menschen, die in Deutschland Schutz suchen. Für diese Tatsache ist sicherlich die Asylpolitik der jetzigen aber auch früheren Bundesregierung maßgeblich verant-

wortlich - die Gemeinden müssen aber schlussendlich die Auswirkungen meistern. Auch das Landratsamt hat hier keinen Spielraum sondern muss die aus München zugewiesenen Menschen (derzeit 100 bis 150 im Monat) irgendwo unterbringen.

Aus diesem Grund ist das Landratsamt seit Jahresanfang verstärkt unterwegs um in den einzelnen Gemeinden des Landkreises einigermaßen gleichmäßig diese Menschen unterzubringen. Eine Zwangszuweisung, wie im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, soll es bei uns nicht geben. Aus Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten wurde die Gangart jedoch nun verschärft.

Die Gemeinde Hohenfurch ist sich bewusst, dass sie hier solidarisch mitarbeiten muss, die Darstellung in der Presse, wir hätten das einfach verdrängt (absichtlich oder unabsichtlich) ist so aber nicht richtig. Diese Veröffentlichung soll den zeitlichen Ablauf der Geschehnisse verständlich darstellen.

Ihr Guntram Vogelsang, 1. Bürgermeister

Zeitlicher Ablauf des Themas Asyl in Hohenfurch in 2023

Die Veröffentlichungen in den Schongauer Nachrichten lassen zum Teil den Verdacht aufkommen, die Gemeinde hätte bei wichtigen Weichenstellungen die Entscheidungen verschlafen oder absichtlich das Thema nichtöffentlich beraten. Das dem nicht so ist möchten wir nachfolgend erläutern.

Im Januar 2023 kam das Landratsamt auf die Gemeinde zu und erläuterte die Sachlage, dass immer mehr Flüchtlinge im Landkreis ankommen und untergebracht werden müssen. Daher werde dringend nach Grundstücken gesucht, auf denen Asylunterkünfte erstellt werden können. Bei der Prüfung, wo das in Hohenfurch möglich sein könnte, fiel der Blick auf das Grundstück in der Holzgasse, welches im nördlichen Bereich für den neuen Bauhof vorgesehen ist. Hier wäre einerseits im Süden noch Platz, andererseits wären relativ wenige Bürgerinnen und Bürger direkt betroffen.

In der Gemeinderatssitzung vom 28.02.2023 erläuterten die Mitarbeiter des Landratsamtes Helmut Hartl und Bernhard Pössinger die damals aktuelle Situation. Es wären entweder sogenannten Wohnmodule aber auch richtige Gebäude in Holzbauweise möglich. Damals wurde von etwa 22 Plätzen gesprochen. Alternativ könnte man darüber reden, dass ein Holzgebäude auch an einer Stelle im Ort errichtet werden könnte, welches später, also nach einer Asylnutzung, von der Gemeinde weiter genutzt werden könnte. Daher wurde seitens des Gremiums darüber nachgedacht, die gemeindeeigene Fläche am Bräustadel hierfür zu verwenden. Das Landratsamt bot an, eine Skizze der möglichen Bebauung zu erstellen.

Am 18.04.2023 wurde für das Thema „Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ eine Klausursitzung einberufen. Klausursitzungen sind üblicherweise nichtöffentlich. Da kurz vor dieser Sitzung die Planung des Landratsamtes eintraf, wurde das Thema zusätzlich auf die Tagesordnung genommen. Das Ergebnis der Sitzung wurde übrigens noch in der Sitzung für die Öffentlichkeit freigegeben, damit die Gemeinderatsmitglieder darüber auch öffentlich reden können. Erstaunlicherweise wurde nun eine Planung für 34 Plätze vorgelegt, was für Missfallen im Gremium sorgte. Daher wurde das folgende Meinungsbild

verfasst und dem Landratsamt mitgeteilt: *„Eine Unterkunft in dieser Größenordnung und insbesondere zentral in Hohenfurch, jedoch auch generell, ist nicht gewünscht, da nachweislich mehrere angebotene Unterkünfte seitens des Landratsamtes nicht angenommen wurden. Dies würde aber die bessere Integrationsmöglichkeiten bieten.*

Nachnutzungen sind nicht sinnvoll planbar,

- da weder ein zeitlicher Horizont besteht,

- der Gebäudezustand nach 6 oder mehr Jahren nicht einwandfrei sein wird und

- die Kosten für die Übernahme der Gebäude nicht bezifferbar sind.

Zudem sind die gemeindlichen Infrastrukturen (Kindergarten, Schule, usw.) bereits grenzwertig ausgelastet.“

Die „Freude“ darüber war beim Landratsamt natürlich sehr überschaubar, gleichzeitig sollte die Gemeinde die angefallenen Planungskosten übernehmen, was unsererseits abgelehnt wurde.

Nach einigen Wochen der Diskussion zwischen Gemeinde und Landratsamt machte Bürgermeister Vogelsang das Angebot, das Thema nochmal auf eine Sitzung zu nehmen. Diese erfolgte in der Sitzung vom 18.07.2023. Der Punkt wurde auf Wunsch des Landratsamtes in den nichtöffentlichen Teil aufgenommen. Aus „terminlichen Gründen“ erschienen die Mitarbeiter des Landratsamtes jedoch nicht und daher wurde der Punkt abgesetzt.

Gleichzeitig wurde der Gemeinde deutlich gemacht, dass Unterkünfte für Ukraine-Flüchtlinge anders gehandhabt werden als für andere. Hier vermittelt das Landratsamt nur. Wenn die angedachten Ukraine-Flüchtlinge jedoch eine andere Unterkunft finden, so wird die Belegung eben wieder abgesagt. Dies war bei den 4 in Hohenfurch angebotenen Unterkünften nach Recherche des Landratsamtes wohl der Fall.

In der Bürgermeister-Dienstbesprechung am 29.09.2023 wurde das Thema landkreisweit beleuchtet und die neuerlich verschärfte Lage der Flüchtlingszuweisungen aufgezeigt. Den Gemeinden, die bisher keine Grundstücke für Unterkerkungsgebäude zur Verfügung stellen, würde demnächst ein Ultimatum gestellt werden. Bei fruchtlosem Verstreichen dieses Ultimatums käme es zu Zwangszuweisungen. Bürgermeister Vogelsgesang bestätigte hier zwar, dass das Landratsamt gute Arbeit bei diesem schwierigen Thema leiste, bemängelte aber auch die verschiedenen Probleme, die im Fall Hohenfurch aufgetreten sind.

Daraufhin erfolgte ein erneutes Telefonat zwischen Gemeinde und Landratsamt, in dem für die Sitzung vom 17.10.2023 eine erneute Aufnahme des Punktes „Einrichtung von Notunterkünften für Geflüchtete zur Vermeidung einer Turnhallenbelegung“ vereinbart wurde. Auf Wunsch des Landratsamtes übrigens erneut „Nichtöffentlich“.

Am Samstagabend vor der Sitzung (ca. 19.00 Uhr!) meinte Herr Pössinger, das Thema wäre doch besser im öffentlichen Teil der Sitzung aufgehoben, da das in den anderen Kommunen auch öffentlich behandelt wurde. Dem stimmte Bürgermeister Vogelsgesang zwar grundsätzlich zu, aus rechtlichen Gründen (Ladungsfrist!) war eine Änderung der Tagesordnung aber seitens der Gemeinde nicht mehr möglich. Aufgrund des Antrags aus dem Gremium wurde der Tagesordnungspunkt dann dennoch - zu Recht - öffentlich behandelt, auch wenn wegen der fehlenden Einladung die Bürger vorab keine Information darüber erhielten.

Herr Hartl und Herr Pössinger teilten dem Gremium die neue Lage im Detail mit, stellten uns aber auch das oben erwähnte Ultimatum: Wenn bis zum 31.10.2023 kein Grundstück zur Verfügung gestellt würde, um eine sogenannte Thermohalle für 50 Flüchtlinge zu bauen, so kommt es zu Zwangszuweisungen. Dies würde bedeuten, dass der Gemeinde 25 - 50 Personen „vor die Tür“ gestellt werden und wir uns um alles kümmern müssen. Also angefangen von Räumlichkeiten über Betten, sanitäre Einrichtungen

und Verpflegung. Das ist für uns nicht leistbar und somit keine Alternative! Als Ort für eine Unterbringung wäre nämlich nur die Schulturnhalle geeignet. Dadurch wäre dann über lange Zeit keine Nutzung mehr für unsere Schüler, die Vereine und Bürger mehr möglich.

Um bis zum genannten Datum eine Entscheidung treffen zu können war die Einberufung einer weiteren Sitzung nötig. Aufgrund der Vorgabe, keine Sitzungen in Schulferien abzuhalten, blieb somit nur der 24.10.2023. Hier war aber bereits eine Klausursitzung zu einem anderen Thema anberaumt. Daher wurde das Asylthema hier mit aufgenommen. Ein Wechsel auf eine öffentliche Sitzung war leider nicht mehr möglich.

In dieser Klausursitzung am 24.10.2023 wurde nun intensiv über das Thema gesprochen. Die vorgesehene Thermohalle für 50 Menschen soll nach Aussage des Landratsamtes nur bis Sommer 2024 stehen und danach in eine kleine Siedlung mit 32 Plätzen in Wohnmodulen umgewandelt werden. Bereits in der Sitzung am 17.10.2023 hatte das Landratsamt zugesagt, dass diese Wohnmodule nicht gebaut würden, wenn seitens der Bürgerschaft etwa 30 Plätze in Bestandsimmobilien angeboten würden, die natürlich dauerhaft, also etwa bis 31.12.2030, zur Verfügung stehen müssen. Zudem wurde zugesagt, dass nach Möglichkeit keine Belgung in Hohenfurch

Schönach-Kurier

Informationen der Gemeinde Hohenfurch

Herausgeber und Gesamtverantwortlicher:

Gemeinde Hohenfurch,

v. d. d. 1. Bürgermeister Guntram Vogelsgesang

Hauptplatz 7, 86978 Hohenfurch

Tel. 08861 / 4710, Fax: 08861 / 90797

Email: gemeinde@hohenfurch.bayern.de

www.hohenfurch.de

Soweit nicht anders vermerkt: Text und Bilder:

Guntram Vogelsgesang

Layout: www.bachtaldruckerei.de

Druck: VG Altstadt

Auflage: 700 Stück

Die Verteilung erfolgt kostenlos an alle Haushalte

furch stattfinden wird, bei denen Kinder unter 10 Jahren mit dabei sind. Dies würde uns davor schützen, Kindergartenplätze und auch Grundschulplätze vergeben und gleichzeitig Einheimischen aus Platzgründen eine Absage erteilen zu müssen.

Gleichzeitig wurde aber im Vorlauf zu dieser Sitzung bekannt, dass das Landratsamt weitere Flächen im Ort angeboten bekam, die aus Sicht der Gemeinde ungeeignet sind.

Insofern hat sich das Gremium mehrheitlich dazu durchgerungen, die Fläche in der Holzgasse für eine Nutzung mit Thermohalle zur Verfügung zu stellen, wenn dadurch weitere Bauten im Ortsbereich verhindert werden. Nur so haben wir die Chance, das Geschehen dann ein wenig mit zu beeinflussen. Derzeit entsprechen 32 Menschen für Hohenfurch dem aktuellen Ziel des Landratsamtes von 2% Flüchtlingsanteil. Das kann sich aber ändern, wenn weiterhin ungebremst Flüchtlingen nach Deutschland kommen.

Derzeit wird der Pachtvertrag verhandelt. Der Schmutzwasserkanal muss in der Holzgasse verlängert werden wobei die Kosten nicht der Gemeinde angelastet werden.

Wir brauchen Sie: Wer hat privat Unterbringungsmöglichkeiten?

Und nun liegt es an allen Bürgerinnen und Bürgern, uns bei der Suche nach Privatunterkünften zu unterstützen:

Wenn wir bis zum 09.01.2024 insgesamt Unterbringungsmöglichkeiten für etwa 30 Menschen anbieten können, so kann der Bau der Wohnmodule verhindert werden.

Hierzu bitten wir eindringlich, sich bei der Gemeinde zu melden, wenn Sie leerstehenden Wohnraum besitzen und an das Landratsamt vermieten wollen. Die dezentrale Unterbringung ist deutlich besser für eine Intergration als die gesammelte in Großunterkünften!

Die Unterkünfte müssen dauerhaft, in etwa bis Ende 2030 zur Verfügung stehen. Renovierungs-

kosten, um ältere Gebäude bewohnbar zu machen, können vom Landratsamt nach Absprache übernommen werden. Zudem wird ein üblicher Mietzins bezahlt.

Wir können uns nicht heraushalten.

So einfach es erscheint, einfach kein Grundstücksangebot zu machen, so falsch ist es. Zum einen würden auf die Gemeinde schier unüberwindbare Aufgaben bei einer Zwangszuweisung zukommen, zum anderen gebietet es die Solidarität zu den 33 anderen Landkreisgemeinden, dass sich auch Hohenfurch beteiligt. Die Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen Elisabeth Koch sagt es deutlich: „Ich erwarte einfach mal Solidarität auch von den anderen Kommunen, es geht nicht, dass andere Gemeinden einfach nicht aufnehmen.“

Die Gemeinde Hohenfurch hat in der Nachkriegszeit eine ganz andere Zahl an Flüchtlingen aufgenommen und integriert. Auch in den Jahren ab 2015 konnten wir mit dem damals existenten Helferkreis viel erreichen. Lassen Sie uns auch heute zusammenstehen und das Thema gemeinsam angehen.

Bund ist gefragt

All das ist natürlich nur eine Momentaufnahme. Durch die neuen Konflikte im Nahen Osten kommen unter Umständen noch mehr Flüchtlinge. Hier muss die amtierende Bundesregierung endlich die Weichen neu stellen! Abgelehnten Asylbewerbern muss konsequent die Unterstützung gekürzt werden. Asylverfahren müssen schneller ablaufen. Und in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge zu uns strömen, muss eindeutig bekannt gemacht werden: Wir können nicht jeden aufnehmen!

Ihre Rückmeldungen

Ihre Rückmeldung über freien Wohnraum senden Sie bitte direkt an die Gemeinde per Email unter gemeinde@hohenfurch.bayern.de.

Gerne stehen Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder für Fragen zur Verfügung.